

Die Partei der „toten Seelen“

Kaderstatistiken dokumentieren Niedergang der SED

Wer die SED-Presse verfolgt, wird in ihr Auseinandersetzungen finden über die mangelnde Lösung der Nachwuchsfrage, die Verbürokratisierung der Leitungen und die zunehmende Inaktivität der bereits arrivierten Funktionäre. Im Hintergrund dieser Diskussionen steht die jetzt in den Bezirken abgeschlossene Kaderstatistik für das Jahr 1954/55. Sie ist ein beispielloses Dokument des Niedergangs. Und wenn es auch fast unmöglich ist, die Endzahlen dieser Statistik aus den Geheimarchiven des Zentralkomitees zu erfahren, so genügen bereits Teilergebnisse aus den interessantesten Bezirken, um die Entwicklung der SED zu einer „Partei der toten Seelen“ zu beleuchten.

Folgende Erscheinungen sind hervorstechend und in allen Bezirken gleich:

1. Die Partei ist überaltert. Das Durchschnittsalter der Aktiven im mittleren Funktionskorps liegt etwa bei 40 Jahren. Bei den aus dem Parteiapparat gekommenen Staatsfunktionären gibt man im Durchschnitt noch 15 Jahre zu.

2. Es fehlt die „operative Leitung“. Die Kreis- und Bezirksfunktionäre administrieren, ihre Instrukteure sind „Dienstreisende in Vollpension“. Wo sie auftauchen, geht es zu wie bei der Besichtigung eines schlechten Waisenhauses: Die Betten sind glatt gezogen und die Kinder alle frisch gewaschen. Man macht sich nicht mehr die Mühe, Mißstände aufzudecken, weil niemand dem anderen wehe tun will.

3. Die Parteifunktionäre sind durchweg zu lange im Amt! Man kennt sich und schließt miteinander eine Art Waffenstillstand ab. Während in Wirtschaft und Staatsverwaltung die Fluktuation der Fachleute groteske Formen anzunehmen droht, erstarrt der Parteiapparat in einer festen, von der Masse der Mitglieder völlig losgelösten Form.

Die Ursachen

Das mag nach internen Schwierigkeiten klingen, die im großen ohne Bedeutung sind. Die Verantwortlichen wissen es

besser: Von den Auswirkungen dieser Kaderstatistik hängt das gesamte Machtgefüge der SED in der Sowjetzone ab. Es ist ein Irrtum, zu glauben, eine Diktatur könne sich auf so lange Zeit hinaus nur durch einen äußeren Machtapparat wie SSD und Volkspolizei stützen.

Ein Beispiel dafür ist Ostberlin. Hier sind im Zeitraum der letzten zwölf Monate mehr Mitglieder über 35 Jahre zur Partei gestossen als unter 25. Das heißt: Anstatt daß die Partei ständigen Nachschub aus FDJ und jungen Betriebsarbeitern erhält, rekrutieren sich ihre neuen Mitglieder vornehmlich aus jenen, die allmählich in ihrer beruflichen Entwicklung in eine Stellung emporrücken, die ohne SED-Mitgliedschaft nun einmal nicht bekleidet werden kann. Das spricht keinesfalls für einen „revolutionären Charakter“ der Partei.

Zweitens: Man hat in den letzten Wochen — wie bereits berichtet — die Kompetenzen im Zentralkomitee geändert. Ulbricht muß sich die Macht teilen mit weitgehend selbständigen Sekretären des ZK. Nach unten hin aber ist das völlig unmöglich. Die Bezirks- und Kreissekretäre haben sich bürokratische Apparate aufgebaut, die auch von der Zentrale aus nicht mehr zu durchschauen sind. Stürzte man einen dieser Autokraten, müßte man zwangsläufig seine sämtlichen Kum-

pane mit entsetzen. Das aber kann sich auch die SED nicht leisten.

„Große“ sind zu alt

Das aber ist das schwierigste Problem: Die „Großen“ aus Thälmanns Zeiten werden zu alt. Pieck ist ein alter, seniler Mann. Grotewohl hat sich im Laufe der letzten Jahre mehrfach aus der Arbeit zurückziehen müssen. Ulbricht ist in diesem Sommer physisch erstmalig so zusammengeklappt, daß man ihn bereits abzuschreiben begann. Von rund 300 maßgeblichen SED-Funktionären aber pendeln etwa 150 laufend zwischen Krim-Sanatorien und der Karisbader Wasserkur.

Dazwischen stehen die „toten Seelen“ der kleinen Mitglieder. Laut Ostberliner Statistik: 23 Prozent nicht mehr zu ertappen, keine Beiträge gezahlt, Mitgliedschaft eingeschlafen, Ausschußverfahren usw. Von 1348 Wohn- und Betriebsgruppen haben nur 696 einen „Veranstaltungsplan“, die anderen existieren nur auf dem Papier.

Keine Entwicklung mehr

Was das heißt? — Als Adenauer in Moskau war, brauchte die Partei acht Tage, um die endlich ausgegebene Argumentation unter die Leute zu bringen. Als die Argumentationsanweisungen hektographiert waren, galt bereits wieder eine völlig entgegengesetzte Argumentation. Es ist keine Entwicklung mehr im kommunistischen Apparat:

Mit diesem Apparat geht man jetzt in die entscheidende Phase der Deutschlandpolitik. Bei aller Einschätzung des sowjetzonalen Machtapparates dürfen diese Tatsachen nicht vergessen werden. Auch sie bestimmen die Grenzen politischer Macht.

Moskau, Bonn und Pankow

DT. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das deutsche Volk die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen des Bundeskanzlers billigen wird. Hierfür ist nicht nur die Freilassung der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Gefangenen bestimmend, sondern auch die Einsicht, daß ein ständiger diplomatischer Kontakt mit der Sowjetunion, von der so vieles für die Lösung unserer noch offenen nationalen Frage abhängt, eine politische Notwendigkeit ist. Für das Bemühen der Machthaber der Zone und ihrer Mitläufer, das Verdienst für die Freilassung der deutschen Gefangenen für sich in Anspruch zu nehmen und es sich vielleicht sogar vom Kreml schriftlich bescheinigen zu lassen, braucht man nur ein Lächeln übrig zu haben. Tatsache ist es nun einmal, daß die sowjetische Zusage im Ablauf dramatischer Verhandlungen vom Bundeskanzler erwirkt worden ist. Wenn sie so eingehalten wird, wie sie gegeben wurde, dann ist eine wichtige menschliche Voraussetzung der Wiederanknüpfung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gegeben. Ihre wirkliche Normalisierung aber wird erst möglich sein, wenn auch die Frage der Wiedervereinigung ihre Lösung gefunden hat.

Gründe und Hintergründe

Bis dahin bleiben die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau nicht ohne Problematik. Zwischen dem bisherigen Nichtbestehen solcher Beziehungen und ihrer Anknüpfung in der höchsten Form des Austausches von Botschaftern waren an sich Zwischenstufen möglich und denkbar, die durchaus einen ständigen Kontakt gestattet hätten. Wenn es also in den deutsch-sowjetischen Besprechungen lediglich darauf angekommen wäre, die Möglichkeit ständigen Gesprächs miteinander zu schaffen, so brauchen die Sowjets hierzu nicht unbedingt den Austausch von Botschaftern zu fordern. Daß sie so unnachgiebig auf dieser

Forderung bestanden haben, das läßt vermuten, daß ihre Motive nicht nur in dem auch von Bonn ehrlich geteilten Wunsch nach ständigem Kontakt, sondern auch in bestimmten Zielen der sowjetischen Politik begründet sind, die nicht im Sinne der deutschen Interessen liegen. Moskau hat hier seine Gründe und seine Hintergründe. Das Bestreben, die seit Genf so stark betonte Zweistaatlichkeit Deutschlands möglichst sichtbar zu machen, spielt dabei zweifellos eine nicht geringe Rolle. Auf der gleichen Linie liegt die Einladung an die Regierung der Sowjetzone zu einem Besuch in Moskau, der dem deutschen Staatsbesuch in demonstrativer Absicht unmittelbar folgte. Vielleicht spielt dabei auch die Überlegung mit, daß dem sowjetischen Vorbild, das demnächst durch das Nebeneinander zweier deutscher Botschaften in Moskau gekennzeichnet ist, schließlich auch andere Mächte folgen würden.

Anerkennung Pankows?

Soweit es sich um die Westmächte handelt, darf eine solche Möglichkeit von vornherein ausgeschlossen werden. Die amerikanische, britische und die französische Regierung haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Rechtsstandpunkt der Bundesregierung, die einzige legale Vertretung des deutschen Volkes zu sein, vorbehaltlos teilen. Andere Länder, die sich der freien Welt zurechnen, dürften gleichfalls wissen, wie sehr es für eine Normalisierung der europäischen Verhältnisse wichtig ist, daß das oberste nationale Ziel der Deutschen, nämlich ihre Wiedervereinigung, verwirklicht wird. Eine Anerkennung Pankows wäre dann ein politischer Mißgriff ersten Ranges.

Es wäre also völlig falsch, aus der Anerkennung der Bundesrepublik durch die Sowjetunion und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen ihnen die Folgerung zu ziehen, daß nun auch einer Anerkennung Pankows durch solche Staaten nichts mehr im Wege stünde, die mit der Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied, der so offenkundig ist, daß er keiner näheren Dar-

legung bedarf. Ihn übersehen, das heißt zugleich, das kommunistische Ziel einer Überfremdung und Beherrschung ganz Deutschlands fördern.

Ein Irrtum!

Das zu verhindern, ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik. Die Tatsache, daß es demnächst diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau geben wird, ändert nicht das geringste an dieser Notwendigkeit und an dem Recht, sie zu erfüllen. In der kommunistischen Presse der Zone ist bereits die Meinung erkennbar geworden, als ob nun plötzlich der Kommunismus und seine getarnten oder nicht getarnten Organisationen in der Bundesrepublik unantastbar geworden wären. Die diplomatischen Beziehungen mit Moskau werden hier gewissermaßen als ein innenpolitischer Schutzfaktor zugunsten kommunistischer Umtriebe betrachtet und sogar als eine Möglichkeit fremder Einmischung in innerste deutsche Angelegenheiten. Man kann diesen Irrtum nicht entschieden genug zurückweisen.

Keine „Unterdrückung“

Es ist selbstverständlich, daß niemand in der Bundesrepublik daran denkt oder überhaupt berechtigt ist, den Kommunismus zu „unterdrücken“. Er hat dort die Rechte, die allen anderen Parteien zustehen, nur hat er natürlich nicht das Recht, den Staat zu unterwühlen und seine verfassungsmäßige Ordnung gewaltsam zu stören oder gar zu beseitigen. Unternimmt er das dennoch, dann trifft ihn das Gesetz, und zwar unter dem rechtsstaatlichen Schutz des höchsten Gerichtes — ganz gleich, ob die Bundesrepublik zur Sowjetunion diplomatische Beziehungen unterhält oder nicht.

Im übrigen gilt die alte Erfahrung, daß die Beziehungen zur Sowjetunion um so besser gedeihen, je weniger ein aktiver Kommunismus um ihre Pflege bemüht ist. Wir können nur erwarten, daß der gute Grundsatz der Nichteinmischung und der klugen Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik, den Moskau gegenüber dem Dritten Reich so eifrig respektierte, auch gegenüber der demokratischen Bundesrepublik gilt.

Berlin und die Zonen-„Souveränität“

Wird Pankow seine Befugnisse überschätzen?

DT. In Moskau wurde unter Wahrung der bei solchen Anlässen üblichen äußeren Formen ein „Souveränitätsvertrag“ von Bulganin und Grotewohl unterzeichnet. Damit soll vor allem bei der Zonenbevölkerung der Anschein erweckt werden, als sei durch „freundschaftliche Verhandlungen“ der Pankower Delegierten mit der Sowjetführung eine wirkliche Selbständigkeit der sogenannten DDR, also eine Befreiung dieses kommunistischen Staatsgebildes von der direkten sowjetischen Bevormundung erreicht. Aber niemand wird an eine anbrechende eigenständig-deutsche Politik im mitteldeutschen Raum glauben.

Zu erwarten ist, daß Grotewohl und die Seinen die ihnen übertragenen Machtbefugnisse überschätzen werden. Eine Anerkennung der „DDR“ durch die westlichen Mächte, woran ihr besonders gelegen ist, wird zwar lange auf sich warten lassen. Aber man wird die übliche „Eigeninitiative“ entwickeln und diplomatisch nach Westen hin offensiv zu werden versuchen — trotz aller Mißerfolge, die man bisher bei ähnlichen Versuchen eingestimmt hat.

Die Zonenmachthaber, sollten

sie künftig tatsächlich weniger von sowjetischen Befehlen gesteuert werden als bisher, täten gut, sich über ihre wirklichen Kompetenzen selbst klarzuwerden. Diese Kompetenzen finden vor allem dort ihre Begrenzung, wo Verpflichtungen der Sowjetunion bestehen gemäß internationaler Abkommen. Deutlich ist das in dem neuen Vertrag zu lesen. Wir wollen es ganz genau sagen: Sollten die Pankower ihre „Souveränität“ etwa durch besondere Aktionen gegen Berlin auszuprobieren versuchen, so

werden sie merken, daß die Westmächte höchst unangenehm reagieren. Und letztlich nicht nur die Westmächte. Denn als die Blockade fehlgeschlagen und beendet war, haben sich nach den Pariser Beschlüssen vom 20. Juni 1949 die Westmächte gemeinsam mit der Sowjetunion in einem Übereinkommen verpflichtet, „ein normales Funktionieren und eine normale Benutzung von Schienen-, Wasser- und Straßenverbindungen für den Personen- und Güterverkehr sowie von Nachrichtenverbindungen durch die Post, den Fernsprecher, den Telegraf sicherzustellen“. Die Sowjetunion bleibt also in der Verantwortung, was diese internationalen Abmachungen über den Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland betrifft.

Pankow muß das bedenken. Sich als souveräner Kraftprotz gegen Berlin mit den Großmächten anzulegen, dürfte selbst einem Ulbricht schlecht bekommen.

„Wir allein vertreten die Deutschen“

Adenauer zur Moskau-Reise — Keine Anerkennung Pankows

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Adenauer und Außenminister von Brentano haben vor der Presse die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen erläutert. Ihre Ausführungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Eine Normalisierung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen ist noch nicht erfolgt, weil in der Frage der Wiedervereinigung keine Fortschritte erzielt sind.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau bietet die Möglichkeit, dem Kreml den Standpunkt des deutschen Volkes in dieser Frage immer wieder klarzumachen. Die Bundesregierung betrachte sich dabei als die einzig befugte Vertreterin aller Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges.

3. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion hat keinen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Bonn und Pankow.

4. Die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in

Europa ist nur sinnvoll, wenn es ein wiedervereinigtes, nicht aber, wenn es ein geteiltes Deutschland einbezieht.

Im einzelnen gab Adenauer zu erkennen, daß sich die Bundesregierung dagegen wenden werde, falls etwa der Gedanke aufkommen sollte, die Regierung Grotewohl in irgendeiner Form paritätisch zur bevorstehenden Konferenz der Außenminister in Genf hinzuzuziehen. Eingehend äußerte sich der Kanzler zu der vielerörterten Frage, ob die Anerkennung Pankows durch andere Staaten nicht durch die Aufnahme der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau erleichtert worden sei, weil andere Staaten sich jetzt darauf berufen könnten, daß Bonn zum erstenmal Beziehungen zu einem Land hergestellt habe, das auch Beziehungen zu Pankow unterhalte. Hierzu bemerkte Adenauer: „Wir halten daran fest, daß wir die alleinigen Vertreter der Deutschen sind, weil höchstens zehn Prozent der Bevölkerung in der Sowjetzone hinter Grotewohl stehen und über 80 Prozent hinter uns.“

In diesem Zusammenhang verwies Adenauer darauf, daß die indische Regierung bereits nach Adenauers Moskau-Besuch diesen Standpunkt als berechtigt anerkannt hat. Die Aufnahme der Beziehungen zu Moskau rechtfertigte der Kanzler mit zwei Hauptüberlegungen. Es sei unmöglich gewesen, aus Moskau abzureisen, ohne die Freilassung der Gefangenen erwirkt zu haben. Es habe sich aber auch als unmöglich herausgestellt, die Einladung „eines der machtvollsten Gebilde dieser Erde“ zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen abzulehnen, weil die Vertreter der Sowjetregierung in diesem Punkt „außerordentlich empfindlich“ gewesen seien und eine Ablehnung als eine „Beleidigung der Sowjetunion“ empfunden haben würden.

Offensichtlich an die Adresse des Westens betonte Adenauer mehrmals, von Anfang an sei die deutsche Delegation darauf bedacht gewesen, keine „zweiseitigen Verhandlungen“ zu eröffnen. Sie habe sich in jeder Beziehung im Rahmen der in den Verträgen eingegangenen Verpflichtungen bewegt.

27 Milliarden für Sozialaufwendungen

Sozialausschüsse in Herne — Kaiser: Niemals Status quo!

Herne (AP/DPA). Bundesminister Kaiser bezeichnete auf der 7. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Herne eine „bittere Tatsache“, daß der Diplomaten austausch Bonn—Moskau zunächst unter Fortdauer des Status quo erfolge. Die Politik der Bundesregierung müsse der Sowjetunion und der Welt zeigen, daß Deutschland sich mit diesem Status quo niemals abfinden werde.

Vor den 334 Delegierten aus der Bundesrepublik und Westberlin betonte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone, in der Beurteilung der Moskauer Abmachungen bestünden zwischen dem Bundeskanzler, dem Außenminister und der Fraktion keinerlei Differenzen. Die Politik der letzten Jahre müsse unter Aufrechterhaltung der Verträge beibehalten werden. Zwar werde von niemandem das Ergebnis der Moskauer Konferenz als „besonders günstig“ bezeichnet, doch wisse die Fraktion, daß in Moskau erreicht wurde, was erreichbar war.

Die Sozialreform

Bundesarbeitsminister Storch gab bekannt, daß die Sozialaufwendungen in der Bundesrepublik im Haushaltsjahr 1955/56 sich auf 21,7 Mrd. DM belaufen werden. Storch erläuterte die Neuordnung in der sozialen Sicherheit, wie er die „Sozialreform“ verstanden wissen will. Sie müsse jedem Schaffenden die Möglichkeit geben, so sagte er, für den Lebensabend und die Wechselfälle des Lebens vor-

zusorgen. Jeder müsse durch die für die Sozialversicherung geleisteten Beiträge die Möglichkeit haben, in seinem Alter einen Lebensstandard beizubehalten, den er sich erarbeitet habe.

„Provinzialisierung gebannt“

Suhr eröffnete Berliner Festwochen 1955

Berlin (Eigenmeldung). Die Berliner Festwochen 1955 wurden im Schiller-Theater vom Regierenden Bürgermeister Suhr feierlich eröffnet. Suhr sagte, die Festspiele werden zeigen, daß in Berlin der alte Theatergeist lebendig ist, der Talente anzieht und neuen Stücken zum Durchbruch verhilft.

Auch werde sich zeigen, daß nirgendwo das Zusammenspiel von Akteuren und Publikum so lebendig und befruchtend ist wie in Berlin. Hier wehe ein „frischer geistiger Atem“ und künstlerische Gestaltungskräfte begännen sich von neuem zu regen. Die Gefahr der Stagnation und Provinzialisierung scheine gebannt.

Nachdrücklich wies der Re-

„Übergabe war unrechtmäßig“

Bonn (DPA). Die ostdeutschen Landsmannschaften haben in einer in Bonn veröffentlichten Entschließung die Übergabe von Eigentum in ostdeutschen Gebieten an polnische Bauern als unrechtmäßig abgelehnt.

In der Entschließung heißt es, diese Gebiete seien Polen lediglich zur Verwaltung übergeben worden.

gierende Bürgermeister darauf hin, daß die Berliner Festwochen keine Veranstaltung des „reichen Mannes“ seien, der prunken wolle. „Wir können nicht mit Phantasiegeigen lokken und mit reicheren Städten wetteifern, aber die Berliner Festwochen werden getragen von der eigentümlichen Atmosphäre dieser Stadt, von dem Geist und Lebenswillen ihrer Bewohner, von der kritischen Liebe der Berliner zum Theater und zur Kunst.“

Es sei die Absicht der Festwochen, so fuhr Suhr fort, ausgewählte Spitzenleistungen einem kleinen Kreis von Theater- und Kunstbegeisterten zugänglich zu machen. Dazu gehörten nicht zuletzt die Gäste aus dem Osten. Das schöne Schlagwort von Berlin als dem Fenster der freien Welt habe nur dann einen Sinn, wenn den nach Freiheit dürstenden Menschen aus dem Osten auch geistig etwas geboten werde.

Amteinführung in Magdeburg

Berlin (epd). Die Amteinführung des neugewählten Bischofs der Kirchenprovinz Sachsen, Jänicke, in Magdeburg durch Bischof D. Dibelius findet im Dom statt. Im Juli war von zuständiger Seite erklärt worden, daß der Magdeburger Dom aus baupolizeilichen Gründen nicht zum Betreten für die Gemeinde freigegeben werden könne.

Alles zum Empfang bereit

Heimkehrer finden liebevolle Betreuung

Berlin (AP/DPA). Die zuständigen Stellen in Westberlin und im Bundesgebiet haben sich bereits ganz auf den Empfang und die Betreuung der aus der Sowjetunion zu erwartenden Heimkehrer eingestellt.

Nach Mitteilung des Senators für Arbeit und Sozialwesen, Kreil, stehen den Ankommenen Kraftwagen zur Verfügung, mit denen sie zu ihren Angehörigen oder in eines der für sie vorgesehenen Heime gebracht werden können. In einer beim Suchdienst des DRK in Dahlem eingerichteten zentralen Stelle werden sie in allen Dingen beraten.

Die Heimkehrer sollen ein Entlassungsgeld von 200 DM, eine Übergangsbeihilfe von 300 D-Mark und die Begrüßungsgabe der Bundesregierung von 100 DM erhalten. Auf den Verkehrsmitteln der BVG werden ihnen Freikarten auf die Dauer von zwölf Wochen gewährt. Außerdem kann den Heimkehrern und den Ehegatten auch ein Erholungsaufenthalt im Bundesgebiet gewährt werden.

Der Caritasverband in Freiburg hat alle katholischen Pfarrgemeinden aufgerufen, die Heimkehrer mit festlichen Gottesdiensten zu empfangen, auch wenn es nur ein einziger in der Gemeinde sein sollte.

Reise in eine fremde Welt

Was ich in Moskau sah und hörte / Von unserem Sonderberichterstatter

Auch wenn es in Moskau nur den Kreml gäbe, dann wäre das eine Stadt, von der man sprechen und die man besuchen würde. Ein ganz eigenartiger Reiz geht von dieser hoch und weit ummauerten Herrlichkeit alter Kathedralen, Kapellen und Schlösser aus. Wenn dies alles im Glanz der Herbstsonne liegt — die profanen Bauten mit ihren strengen Linien und die goldenen und silbernen Kuppeln und Zwiebeltürme der Kathedralen —, dann steht man vor einem Bilde, das man nicht vergißt. Das ist eine zwar fremde, aber eindrucksvolle Komposition von Farben und Formen, wie sie in dieser Eigenart und schönen Mannigfaltigkeit eine große Weltstadt selten aufzuweisen hat.

*

Was das äußere Bild Moskaus betrifft, so gewinnt der Fremde bald den Eindruck, daß in dieser Weltstadt, die heute in ihrem Kern rund gegen sieben Millionen Bewohner zählt, das Neue, aus dem Willen zur Repräsentation der Macht und Leistung Geborene, noch unorganisch neben dem Alten und Uralten steht. Die breiten Straßen, die sehr saubergehalten werden, sind von einem starken Verkehr erfüllt. Der Verkehr hat eine außerordentliche Dichte, die Berlin heute nicht aufzuweisen hat. Die breiten Straßen erleichtern und verschlingen ihn. Die Verkehrsregelung durch rotes und grünes Licht gilt anscheinend nur für die Wagen. Die Fußgänger überqueren die Straßenkreuzungen auch bei rotem Licht. Sie haben eine bewundernswerte Geschicklichkeit entwickelt, sich zwischen den Wagen durchzuwinden, ihnen mit einem schnellen Sprung zu entgehen oder in der Flut des Verkehrs sicher stehen zu bleiben. Motorräder und Fahrräder fehlen im Straßenbild völlig.

*

Eine Frage, die in der freien Welt immer wieder interessiert, ist die nach dem Lebensstandard des sowjetischen Staatsbürgers. Es ist die Frage, welche Menge von Gütern er

mit seinem Arbeitslohn einkaufen kann. Die nachfolgenden Preise wichtiger Lebensmittel und weniger wichtiger Gebrauchsgegenstände habe ich entweder selbst am Schaufenster

Brot	1,20	Rubel
Fleisch	8,—	
Fisch	4,60	
Milch	2,20	
Butter	28,—	
Zucker	3,40	
Schokolade (Tafel)	13—16	
Kinderschuhe	30—60	
Herrenhemden	120	
Arbeitsschuhe	130 u. mehr	
Elegante Herren- und Damenschuhe	500—800	
Herrenanzüge	1500—1700	
Fernsehgeräte	1700 Rubel (herabgesetzter Preis),	
2400, 2700 Rubel		
ein Reisewecker (im Etui)	300 Rubel	

Hier sieht man bereits, daß das Verhältnis dieser Rubelpreise zu den Markpreisen entsprechender deutscher Waren sehr verschieden ist. Die Preise der bis zum „Luxus“ reichenden entbehrlicheren Waren sind wahrscheinlich nicht an den Produktionskosten orientiert, sondern Ausdruck einer einschränkenden Lenkung und Planung.

Die Kehrseite der Preise sind die Löhne. Beide zusammen ergeben erst ein Bild der Lebenshaltung. Wenn man aber in Moskau eine exakte Unter- richtung über die Löhne sucht, dann stößt man auf eine nur schwer zu überwindende Abneigung zur Auskunft. Für die Industriegruppe Maschinenbau ergab sich dabei ungefähr das folgende, allerdings unvollkommene Bild. In den Betrieben dieses wichtigen Industriezweiges gibt es acht verschiedene Lohnstufen. Die Arbeiter der höchsten Lohnstufe verdienen, wie man uns sagte, 1600 bis 1800 Rubel, die Erfüllung der Norm immer vorausgesetzt. Für die unterste Stufe hat man uns den absoluten Lohnsatz nicht genannt. Man hatte uns in dessen vorher in anderem Zusammenhang gesagt, daß der Lohn der untersten Stufe etwa ein Drittel der höchsten Stufe ausmache. Danach ergäbe sich also als niedrigster Lohn etwa 530 bis 600 Rubel. Zwischen dieser niedrigsten und der

notiert oder von amtlichen sowjetischen Stellen erfahren. Danach kosten (die Lebensmittel in Kilogramm):

höchsten Gruppe dürfte der größte Teil der beschäftigten Arbeiter zwischen 800 und 1100 Rubel verdienen.

Bei der Bewertung der Kaufkraft dieser Einkommen ist aber noch folgendes zu berücksichtigen. Die Mieten sind außerordentlich niedrig. Sie dürfen für den Quadratmeter (Flur, Diele, Küche und Bad bleiben dabei unberücksichtigt) den Betrag von 1,32 Rubel nicht überschreiten, ganz gleich, wie hoch das Einkommen ist. Eine weitere Verbesserung der Einkommen ergibt sich aus den Leistungen der Sozialversicherung, für die der Arbeiter und Angestellte keine Beiträge aufzubringen braucht; sie ist eine rein staatliche Institution.

*

Ich versage es mir, aus den hier genannten Löhnen und Preisen exakte Schlußfolgerungen auf den Lebensstandard in der Sowjetunion zu ziehen. Dafür ist das vorliegende Material zu unvollständig. Es besteht aber nach meinen Eindrücken kein Zweifel, daß die Masse der deutschen Arbeiter und Angestellten einen in Menge und Qualität wesentlich höheren Lebensstandard genießt. Ebenso ist es sicher, daß sie im Gegensatz zu den schwerfälligen Verteilungsmethoden der sowjetischen Planwirtschaft schneller in den Besitz der begehrten Konsumgüter gelangt.

Agitation aus der Flimmerkiste

Pankows Fernsehen als Propaganda-Instrument

Die Zonenregierung hat in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen gemacht, um das Versuchsprogramm ihres „Staatlichen Fernsehentrums“ zu verbreiten und zu popularisieren. Eine Reihe neuer Sender sind in Betrieb bzw. in Bau genommen worden. Man hat die Preise für Fernsehgeräte gesenkt und gewährt für deren Anschaffung jetzt auch Ratenkredite bis zu 1000 Ostmark. In der Propaganda deutet man diese Bemühungen gern als Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, die namentlich auf den entlegenen Dörfern nun enger mit der Kultur verbunden werde.

Tatsächlich ist die Verbreitung stationen weitergetragen werden des Fernsehens für Staat und Partei eine der wichtigsten Agitationsaufgaben. Wer die Situation gerade in den kleinen mecklenburgischen und thüringischen Dörfern kennt, weiß, daß diese Ortschaften für das Regime noch nicht erschlossen sind.

Die SED hat einen Plan entwickelt, der noch 1956 in die Tat umgesetzt werden soll: Jedes Dorf soll mindestens fünf Fernsehgeräte erhalten! Die Bauern können diese Geräte über zwei Jahre hinaus finanziert erhalten. Denn — so sagt sich der Staat: Was der Bauer selbst bezahlt, da nutzt er auch aus!

Heute ist der Stand des Fernsehens in der Zone folgender: Sender Berlin versorgt Ostberlin und Randgebiete und wird im Laufe der nächsten Monate auch auf Westberliner Frequenz umgestellt. Sender Leipzig strahlt 50 km im Umkreis und soll durch Richt-

der auf den Westempfang heimlich umgestellten Geräte über 50 Prozent taxiert. Wenige Handgriffe genügen, um das Gerät für den Empfang des „Deutschen Fernsehens“ klar zu machen. Dies dürfte auch der Kaufanreiz für viele Leute im Zonenrandgebiet sein.

Über das Ostprogramm gibt es Klarheit: Von 1000 Sendeminuten müssen 700 politischen oder „aufklärenden“ Charakter tragen. Unter dem tut es das Staatliche Fernsehzentrum nicht. Dazu kommt die schlechte Bildübertragung und die im Westen längst überwundene Kleinstbildröhre, die gerade beim Gemeinschaftsempfang zu einer Qual für den Betrachter wird. Ein kurzer Genuß des dieser Art dargebotenen Programms zeigt, daß es hier weniger um Lebensstandard als um Propaganda geht.

Moskau jetzt im Kino

Der Bildbericht der westlichen Wochenschauen

Berlin (Eigenbericht). Bildberichte von der Moskau-Reise des Bundeskanzlers sind Mittelpunkt der neuen Wochenschauen, die in den Westberliner Lichtspieltheatern zu sehen sind.

Ganz auf den offiziellen Teil der Verhandlungen ist der Moskau-Bericht von „Welt im Bild“ und „Blick in die Welt“ eingestellt. Als ein in sich geschlossener Kurzfilm ist bei der

„Fox Tönenden Wochenschau“ die Moskau-Reise an den Schluß der Wochenschau gehängt worden. Besonders gelungen ist eine Aufnahme von Bulganin, als er den Bundeskanzler längere Zeit außerordentlich forschend und zweifelnd betrachtet, während Molotow sich bei einer Rede von Chrustschow auf der Lippe herumbeißt. Leider fehlen hierzu die Worte. Bundeskanzler Adenauer wird zuversichtlich lächelnd, erschöpft und auch deprimiert gezeigt. Neben dem Opernbericht von „Romeo und Julia“ gibt der Filmbericht der „Fox“ auch noch einen Abriss von dem Empfang, den der Bundeskanzler in seiner „Dat-scha“ gab.

Gespräch über Rußland-Reise

Die Beziehungen zur Orthodoxen Kirche

Berlin (DPA). Der Rat der Evangelischen Kirche der Union (EKU) hat sich in Berlin mit der Reise der rheinischen Kirchendelegation befaßt, die unlängst unter der Leitung von Präses Held durch die Sowjetunion stattgefunden hatte.

Wie aus einem Kommuniké hervorgeht, wurde die Frage erörtert, ob nicht die Pflege der Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche mehr von der EKD als durch einzelne Gliedkirchen wahrgenommen werden sollte.

EKD-Rat in Magdeburg

Berlin (epd). Unter Leitung von Bischof Dibelius trat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 20. und 21. Sep-

tember zu einer Sitzung in Magdeburg zusammen.

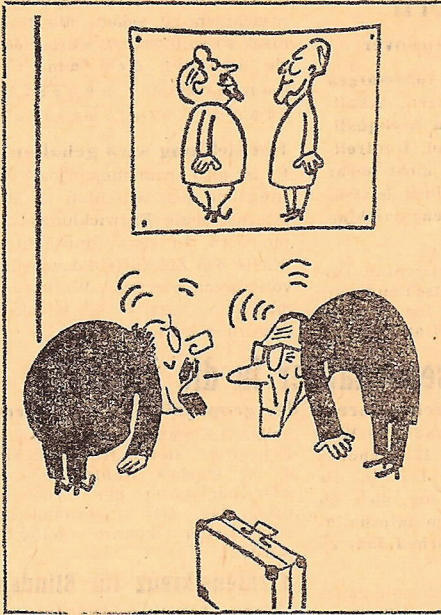
Neue Aufgaben

Königstein (DPA). Auf dem Kongreß „Kirche in Not“ hat in Königstein der bekannte belgische Ordensgeistliche Werenfried van Straaten die künftigen Aufgaben der von ihm 1948 gegründeten Ost-Priesterhilfe erläutert. Nachdem die schlimmste materielle Not im Bundesgebiet beseitigt sei, sagte er, werde jetzt das Schwergewicht auf die Betreuung der Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern gelegt. Besondere Beachtung soll dem Wohnungsbau der Vertriebenen gewidmet werden.

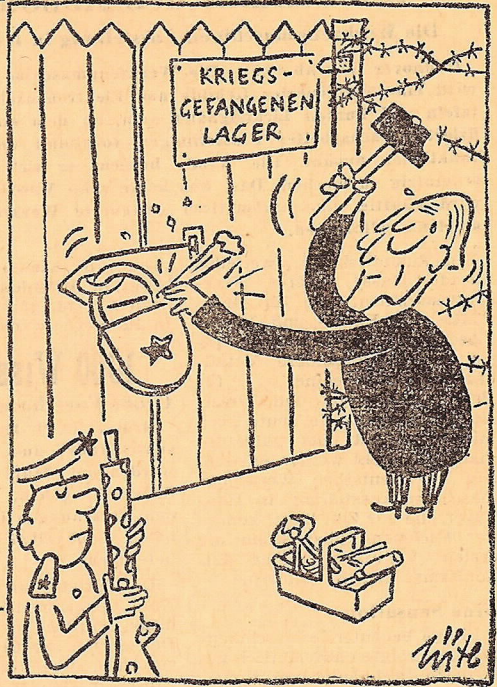
Entführerwagen gefunden

Darmstadt (DPA). Der schwarze Mercedes-Wagen, mit dem Anfang August der ehemalige Volkspolizeimajor Murau aus Heubach im Odenswald in die Sowjetzone entführt wurde, ist bei Rothenburg an der Fulda herrenlos aufgefunden worden.

Die beiden inzwischen verhafteten Entführer hatten das Fahrzeug in Darmstadt bei einem Autoverleiher gemietet.



„Mir sind äne Wolksdämografie und
müssen in Moskau nadürlich äne
ganz andere Haldung einnehmen als
dör Adenauer!“



Harte Arbeit



DAS BILD DER WOCHE: Unbekannte Mutter eines Kriegsgefangenen dankt dem Bundeskanzler für den Erfolg in Moskau. (AP-Funkbild)

Die Zukunft den Robotern

Die Werkzeugmaschinen-Ausstellung in Hannover

Hannover (Eigenbericht). Die Werkzeugmaschine von morgen wird ein kompliziertes Gebilde aus Elektronenröhren, Schalttafeln und bunten Lichtsignalen sein, an dem ein hochqualifizierter Facharbeiter Einstellungen vornimmt und Kontrollfunktionen ausübt. Die Hände braucht er sich nicht mehr schmutzig zu machen. Das, was heute zehn Maschinen leisten, wird künftig eine automatisch gesteuerte Werkzeugmaschine spielend vollbringen.

Ein Zukunftsbild? Zweifellos für die Masse unserer Werkzeugmaschinen, also für Drehbänke, für Hobel- und Räummaschinen, für Bohrer und Fräsen sowie für andere Metallbearbeitungsmaschinen, für Pressen, Scheren und Präzisionswerkzeuge, die heute noch mit der Hand oder halbautomatisch bedient werden müssen. Auf der Deutschen Werkzeugmaschinen-Ausstellung in Hannover, die zur Zeit läuft, konnte der Fachmann aber schon die ersten Vorstufen dieser Zukunftsmaschine bewundern.

Eine Sensation

Einige bedeutende Maschinenfabriken zeigten automatisch gesteuerte Drehbänke und Hobelmaschinen, die die Sensation nicht nur für die deutsche, sondern auch für die ausländische Fachwelt waren. Die „Automation“ hat in den USA schon seit einigen Jahren ihren Anfang genommen und dort bereits mit Hilfe der Elektroindustrie Wunderapparate entwickelt, die gleich Robotern die menschliche Arbeitskraft und vor allem das menschliche Gehirn ersetzen. Einzelne westdeutsche Maschinenfabriken haben schon selbst Elektronengehirne gebaut und diese ihren Maschinen vorgeschaltet.

Die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie steht an der Spitze der Weltproduktion auf diesem Spezialgebiet. Jede

zweite Werkzeugmaschine, die heute in Westdeutschland produziert wird, geht ins Ausland. In Hannover waren automatisch

1000 Wissenschaftler in die Antarktis

Größe Forschungen während des geophysikalischen Jahres Brüssel (AP). Rund 1000 Wissenschaftler aus 13 Ländern werden im Jahre 1957 in die Antarktis gehen, um sich an den Forschungen im internationalen geophysikalischen Jahr zu beteiligen.

Die Einzelheiten des die ganze Erde spannenden Unternehmens wurden in Brüssel von Delegierten aus 39 Ländern besprochen. Wie der französische Professor Laclavere mitteilte, werden schon im nächsten Monat die ersten Polarschiffe von Frankreich, Großbritannien und Argentinien nach dem Süden auslaufen.

Die Besatzungen werden bereits jetzt mit dem Aufbau der antarktischen Stationen beginnen, von denen aus dann die verschiedenen meteorologischen und geophysikalischen Beobachtungen durchgeführt werden sollen. In der ganzen Welt werden sich 780 Stationen an den Beobachtungen beteiligen.

Kohlen melden sich

Nottingham (AP). Der Polizist Duffin verbrannte im Hof seines Hauses Müll und Unkraut, als plötzlich sein ganzer Garten in

gesteuerte deutsche Werkzeugmaschinen zu sehen, die technisch so vollkommen waren, daß sie selbst den amerikanischen neuesten Stand überflügelten.

Entwicklung wird gehalten

Es ist also anzunehmen, daß die Industrie den Anschluß an die internationale Entwicklung halten wird. In etwa fünf Jahren dürfte das Zukunftsbild von der vollautomatisierten Werkzeugmaschine bereits Wirklichkeit geworden sein.

Verdienstkreuz für Blinden

Bonn (AP). Bundesinnenminister Schröder hat dem blinden Telefonisten seines Ministeriums, dem 27jährigen Peter Ganz, für seine Leistungen das Bundesverdienstkreuz überreicht. Mit dieser Verleihung, so betonte Schröder, würden gleichzeitig auch alle anderen Schwersehrten ausgezeichnet, die Hervorragendes leisten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nützlich als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.